

Wahlprüfstein des Bundesverbandes der Familienzentren e.V.:

Der Bundesverband der Familienzentren versteht unter Familienzentren jene Einrichtungen, die in einem sozialen Umfeld passgenaue unterstützende und bildungsförderliche Angebote für Kinder und ihre Familien bereithalten, vermitteln oder bündeln. Familienzentren sind Begegnungs-, Bildungs-, Unterstützungs- und Erfahrungsorte, die an nachbarschaftliche Lebenszusammenhänge anknüpfen, die elterliche Erziehungskompetenz stärken, Selbsthilfepotentiale von Eltern und anderen an der Erziehung der Kinder beteiligten Personen aktivieren, soziale Netzwerke unterstützen und so nachhaltig die kindliche Entwicklung und das gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen fördern. (unter: <http://www.bundesverband-familienzentren.de>).

I. Qualität in der frühkindlichen Bildung

- 1) Welche Bedeutung haben Familienzentren aus Sicht der Linken in Rheinland-Pfalz für die Qualität und Chancengleichheit in der frühkindlichen Bildung?

DIE LINKE sieht die Armut von Kindern und Jugendlichen als dramatischen Ausdruck der sozialen Schieflage in Deutschland und als gesellschaftlichen Skandal. In Rheinland-Pfalz lebt fast jedes fünfte Kind unter 15 Jahren unterhalb der Armutsgrenze. Auch wenn Familienzentren dies nicht zurückdrängen können, sind sie doch eine Hilfe für Familien mit niedrigen Einkommen, die dort entsprechende Angebote erhalten können. Dafür ist aber ein Ausbau der Familienzentren in dem von Ihnen beschriebenen Sinne erforderlich. Ehrenamtliche Arbeit ist eine wichtige Größe, allerdings muss sie hauptamtlich begleitet und unterstützt werden. Eine professionelle Infrastruktur ist unbedingt erforderlich.

- 2) Was planen Sie in der kommenden Legislatur, um nach dem quantitativen Ausbau nun auch den qualitativen Ausbau im U3-Bereich zu verbessern?

Die Qualität ist größten Teils von der Anzahl und Qualifikation des Personals in den Einrichtungen abhängig. Wir unterstützen die Beschäftigten in Kindertagesstätten nach Anerkennung ihrer Arbeit, Verbesserung der Aus- und Weiterbildung, nach angemessener Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen. Die in diesem Bereich Arbeitenden müssen auf Hochschulniveau, bei gleichzeitiger Öffnung des Hochschulzugangs für Menschen ohne allgemeine Hochschulreife, ausgebildet werden.

- 3) Wie möchten Sie die Fachkraft-Kind-Relation (U3- und Ü3-Bereich) in Rheinland-Pfalz senken, um die Bildungsqualität und die Chancengerechtigkeit im frühkindlichen Bereich zu verbessern?

Das Kinderbetreuungsnetzwerk der Europäischen Kommission hat folgende Relationen festgehalten:

- Einen Erwachsenen für drei bis fünf Kinder im Alter bis 36 Monate
- Einen Erwachsenen für fünf bis acht Kinder im Alter bis 48 Monate
- Einen Erwachsenen für sechs bis acht Kinder bis 60 Monate.

Daran orientiert sich DIE LINKE.Rheinland-Pfalz.

- 4) Wie möchte DIE LINKE Familienzentren (nach der obenstehenden Definition) in Rheinland-Pfalz fördern?

DIE LINKE sieht eine finanzielle Förderung der Familienzentren durchaus als erforderlich an, kann aber jetzt noch keine Beträge nennen.

- 5) Der Bundesverband für Familienzentren e.V. hält vor allem den Early Excellence Ansatz und das Sure Start Programm aus England geeignet, um Inklusion (Inklusion nach: Prengel, Annedore: Pädagogik der Vielfalt. Opladen 1993/2006) in Rheinland-Pfalz gelingend umzusetzen. Wie möchte DIE LINKE in der kommenden Legislaturperiode die Inklusion im frühkindlichen Bereich in Rheinland-Pfalz – auch vor dem Hintergrund der Zuwanderung - weiter vorantreiben?

Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Alle Kindertageseinrichtungen müssen räumlich, inhaltlich und personell auf Kinder mit unterschiedlichen Bedürfnissen eingerichtet sein. Ein Verweis der Eltern auf spezielle Einrichtungen soll grundsätzlich nicht erfolgen.

II. Strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen

- 1) Möchte DIE LINKE Einrichtungen, die ein umfassendes und ganzheitliches Angebot für Familien anbieten, zusätzlich fördern?

- a) Wenn ja, welche personellen oder finanziellen Ressourcen würde DIE LINKE auf Landesebene hierfür zur Verfügung stellen?

Die örtliche Infrastruktur ist in den letzten Jahren der mangelhaften Ausstattung zum Opfer gefallen. Wir sehen aber den Ausbau von Beratungseinrichtungen, sportlichen, kulturellen und Freizeitangeboten, die nicht kommerziell sind, als wesentlich gerade für Familien mit niedrigen Einkommen an. Dazu gehören auch Angebote der Familienberatung, der niedrigschwelligen Bildungsarbeit und sozio-kulturelle Einrichtungen für Kinder, Jugendliche und Familien. Bitte sehen Sie uns nach, dass wir als noch nicht im Landtag vertretene Partei aktuell keine Zahlen nennen können.

- b) Wenn nein, wie möchten DIE LINKE die Familienfreundlichkeit in Rheinland-Pfalz fördern?

- 2) Bedarfsgerechte Vernetzung mit dem Sozialraum und ein an die Bedürfnisse der Eltern angepasstes Angebot bedürfen einer Koordination. Inwiefern sieht DIE LINKE diese Koordinationsaufgabe bei einer Kindertageseinrichtung/ einem Familienzentrum? Wird die LINKE bei einer Regierungsbeteiligung diesen Koordinierungsaufwand bei der Landesförderung strukturell oder finanziell berücksichtigen?

Selbstverständlich ist der Koordinierungsaufwand finanziell vom Land zu erstatten, unabhängig welche Einrichtung oder Einrichtungen der Kern eines Familienzentrums sind. Hier ist professionelle und konzeptionelle Arbeit erforderlich, die mit vorhandenen Strukturen nicht geleistet werden kann.

- 3) Sieht DIE LINKE die Notwendigkeit einer Änderung des Kindertagesstättengesetzes oder der Landesverordnung zur Ausführung des Kindertagesstättengesetzes in der kommenden Legislatur?

- a) Wenn ja, in welcher Hinsicht

DIE LINKE wird die Themen der Fachkraft-Kind-Relation, der Kostenübernahme der frühkindlichen Bildung durch das Land, der Qualität der Arbeit in den Kitas und der Aufwertung der pädagogischen Berufe bearbeiten.

- b) Plant DIE LINKE bei einer Regierungsbeteiligung eine Ausweitung des nach §12a Kindertagesstättengesetzes gewährten Betreuungsbonus auf eine Betreuung von Flüchtlingskindern in der Verbandsgemeinde (nach Anteil an der Gesamtzahl der

betreuten Kinder v.H.)?

Wir sehen eine gute Fachkraft/Kind-Relation für alle Einrichtungen als wesentlich an. Wenn sich im Einzelfall zusätzlicher Bedarf ergibt, muss dies geprüft werden. Wesentlich ist eine gute Qualifikation des Erziehungspersonals, das auf die besonderen Bedürfnisse aller Kinder eingerichtet ist, auch auf Kinder aus Flüchtlingsfamilien.

III. Vereinbarkeit Familie und Beruf

Für viele Familien und besonders für Mütter ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oft noch eine Herausforderung. Und selbst wenn sie gelingt, so wären doch gerne mehr Mütter mit einer höheren Wochenstundenzeit erwerbstätig oder wünschen sich mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung (siehe AID:A Survey II: Aufwachsen in Deutschland des DJI).

- 1) Wie möchten DIE LINKE die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Pflege und Beruf in Rheinland-Pfalz weiter verbessern?

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf keine Frage der individuellen Durchsetzungsfähigkeit und der Bereitschaft zum Entgegenkommen der Arbeitgeber sein. Politik und Unternehmen stehen in der Verantwortung für eine familienfreundliche Arbeitswelt. Die Rechte von Eltern im Berufsleben müssen gestärkt werden. Deswegen setzt sich DIE LINKE für ein Rückkehrrecht auf Vollzeit sowie für ein Gestaltungsrecht der Arbeitszeiten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – verbunden mit einer Ankündigungsfrist - ein. Außerdem wollen wir den Kündigungsschutz für Eltern bis zum vollendeten sechsten Lebensjahrs zu verlängern. Des Weiteren benötigen Berufsrückkehrer und Berufsrückkehrerinnen eine bessere Unterstützung. DIE LINKE will das verankerte Rückkehrrecht im Bundeselterngeldgesetz stärken, so dass Eltern bei ihrer Rückkehr in den Beruf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz erhalten. Um dies zu erreichen brauchen wir eine starke LINKE auf Bundesebene.

Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehört aber auch eine gute soziale Infrastruktur für Kinderbetreuung und Pflege. Hier ist die Landespolitik gefragt. Darum wird sich DIE LINKE für den Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung in Kita und Schule einsetzen.

Auch bei der Pflege brauchen wir eine Erhöhung des Personalschlüssels, Pflegestützpunkte sollen in kommunaler Trägerschaft gute Beratung anbieten, es soll 6 Wochen bezahlte Pflegezeit für Angehörige geben, die Beantragung von Pflegegeld muss entbürokratisiert werden.

- 2) Welche Faktoren (Öffnungszeiten, Angebot, Partizipation der Eltern) sind für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus Sicht der Linken maßgeblich und wie planen Sie diese in der kommenden Legislatur gezielt zu verbessern?
 - a) Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen und Betreuungsangebote für Eltern im Schichtdienst:

Für über einen Ganztagesplatz hinaus gehenden oder insbesondere bei Schichtarbeit abweichenden Betreuungsbedarf müssen Lösungen gefunden werden, die den individuellen Bedürfnissen der Kinder und Familien gerecht werden. Hier sind individuelle Lösungen gefragt, die vor Ort entwickelt werden müssen. Eine Kombination mit 24h-Kitas, Hausbetreuung, Kindertagespflege muss geprüft werden. Jugendämter, Kindertageseinrichtungen und Familienzentren als Expertenzentren vor Ort sollten hierbei gemeinsam zum Wohle von Kindern und Familien agieren. Generell setzt sich die LINKE dafür ein, dass der Taktgeber im Familienleben die Familie ist, nicht ein Arbeitgeber.

- b) Bedarfsgerechte Angebote in oder im Umfeld der Kindertageseinrichtung (One-Stop-Shop-Prinzip):

Für viele Familien können Angebote aus einer Hand äußerst hilfreich sein. Insbesondere für eingewanderte Eltern bzw. solche mit geringen Kenntnissen über Verwaltungsprozesse sind Angebote aus einer Hand ein großer Gewinn, damit sie bspw. nicht von einer zur anderen Stelle geschickt werden.

- c) Partizipation der Eltern – Eltern als Experten für ihre Kinder ernst nehmen:

Partizipation der Eltern an Prozessen, die ihre Kinder betreffen, wie z.B. in Kindertageseinrichtungen oder in anderen Einrichtungen der öffentlichen Infrastruktur sind für die LINKE unerlässlich.

- d) Zusätzliche Faktoren, die aus Sicht des DIE LINKE Landesverbandes Rheinland-Pfalz maßgeblich sind:

DIE LINKE setzt sich für eine gebührenfreie, qualitativ hochwertige vorschulische Bildung, kostenfreies Mittagessen in Kitas, gebührenfreien Zugang zu kulturellen Einrichtungen wie Musikschulen, Theatern und Sportstätten wie Schwimmbädern, Turnhallen und Sportplätzen sowie Sprachförderung aller Kinder, deren Muttersprache nicht Deutsch ist.

IV: Inklusion und Umgang mit Heterogenität in Kindertageseinrichtungen

Nach einer Expertise der Robert Bosch Stiftung (Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement) eignen sich Familienzentren besonders um eine Integration von Flüchtlingen vor Ort zu fördern. Durch die Sozialraumorientierung und dem bedarfsgerechten ganzheitlichen Angebot sind Familienzentren (bzw. Eltern-Kind-Zentren, Kinder- und Familienzentren oder Familienkitas) ideale Brückenbauer zwischen Familien mit Fluchterfahrung und dem Sozialraum.

- 1) Welche Rolle haben aus Sicht der Linken in Rheinland-Pfalz Kindertageseinrichtungen und vor allem Familienzentren bei der Integration von Asylbewerbern in Städte und Gemeinden?

Sowohl Kindertageseinrichtungen wie auch Familienzentren sind Schnittstellen als Orte der Begegnung, des Kennenlernens und somit der Integration, können aber allein nicht die großen und vielfältigen Aufgaben, die mit einer Integration verbunden sind, lösen. Hier kommt der Integration in den Arbeitsmarkt und somit auch einer staatlich geförderten Arbeitsmarktpolitik eine große Bedeutung zu.

- 2) Welche Chancen ergeben sich aus Sicht der Linken aus der Inklusion im frühkindlichen Bereich?

Inklusion bedeutet Teilhabe, Teilhabe fördert Bildung und macht junge Menschen stark. Inklusion ist daher in der frühkindlichen Bildung unerlässlich.

- 3) Welche Chancen sieht DIE LINKE in der aufsuchenden Arbeit in den Familien, um die Integration von Flüchtlingsfamilien zu fördern?

Eine aufsuchende Arbeit, in die Fachkräfte und Multiplikator_innen mit Migrationshintergrund eingesetzt werden, soll allen Familien kurz im Zusammenhang mit der Geburt angeboten werden. Gerade Eltern, die wenig Erfahrung mit dem Bildungssystem und den Angeboten für Familien gemacht haben, sind besonders zu

unterstützen, so dass sie ihren Kindern gute Voraussetzungen für ihr Aufwachsen geben können.

- 4) Wie möchten Sie die im Rahmen ESF-Bundesprogramms Elternchancen II vorgesehene Qualifizierung ausgebildeten Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter in Rheinland-Pfalz nutzen, um eine Integration der Flüchtlingsfamilien vor Ort zu unterstützen?

a) Wenn ja, was plant DIE LINKE diesbezüglich?

DIE LINKE sieht in dem Bundesprogramm Elternchance II Möglichkeiten die Flüchtlingsfamilien zu stärken, um eine wirkliche Teilhabe aller Kinder am Bildungssystem zu fördern. Unter Berücksichtigung der Lebenslage und Lebenswelten der Flüchtlinge können die qualifizierten Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter die soziale Benachteiligung von Familien und ihren Kindern durchbrechen. Alle Kinder sollen chancengleich an guter Bildung teilhaben können.

- 5) Wie möchte DIE LINKE interkulturelle und interreligiöse Kompetenzen bei pädagogischen Fachkräften an Kindertageseinrichtungen und in der Familienbildung fördern?

Das Institut für Interkulturelle Pädagogik im Elementarbereich in Mainz und andere Einrichtungen fördern die interkulturelle Kompetenz bereits seit vielen Jahren. Dieser Expertise müssen sich Land und Kommunen bedienen.

- 6) Planen Sie eine Fort- und Weiterbildung der in den rheinland-pfälzischen Kitas eingesetzten interkulturellen Fachkräfte (nach § 2 Abs.5 Punkt 3 der Landesverordnung zur Ausführung des Kindertagesstättengesetzes), damit diese eine Integration von Familien mit Fluchterfahrung vor Ort unterstützen können?

Fort- und Weiterbildungen sind zentrale Elemente eines Qualitätsprozesses im Bereich der frühkindlichen Bildung. Sie sollten daher als fester Bestandteil gesetzlich verankert werden und für alle Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen zugänglich sein. Dies gilt selbstverständlich auch für die in den Kitas eingesetzten interkulturellen Fachkräfte. Wenn entsprechende Bildungsangebote fehlen, müssen sie geschaffen werden.

- 7) Ab wann gilt aus Sicht der Linken ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz (Ü3) für Flüchtlingskinder? Und ab wann sollte er gelten, um die Bildungschancen der Kinder mit Fluchterfahrung zu fördern?

Kinder aus Flüchtlingsfamilien sollen sofort einen Anspruch auf einen Platz in Kindertagesbetreuung haben. Die Mitarbeiter_innen in der Sozialbetreuung und den Kommunen haben die Aufgabe den Eltern die Vorteile der frühkindlichen Bildung in einer Einrichtung zu vermitteln, so dass die Kinder möglichst frühzeitig angemeldet werden.

- 8) Wie plant DIE LINKE in der kommenden Legislatur eine Integration von Flüchtlingsfamilien vor Ort zu fördern?

Eine zentrale Rolle kommt hierbei der Bundespolitik zu. Dort müssen die Weichen für die Zukunft gestellt werden. Viele der Flüchtlinge, die es nach Deutschland schaffen, werden hier dauerhaft oder für eine längere Zeit leben. Diese Mammutaufgabe und finanzielle Belastung kann nicht alleine den Kommunen, den Beschäftigten und Einrichtungen übertragen werden.

Flüchtlinge benötigen eine Perspektive zur Teilhabe und Integration. Sie sollen eigenständig für ihren Lebensunterhalt sorgen können. Ein Baustein ist die Teilhabe an der Erwerbsarbeit. Flüchtlinge brauchen schnell aufenthaltsrechtliche Sicherheit,

gezielte Förderung und Unterstützung. Die Fehler einer falschen Migrations-, Asyl- und Flüchtlingspolitik der Vergangenheit dürfen nicht wiederholt werden. Beschränkungen zum Arbeitsmarkt sind aufzuheben, Barrieren in der Sprachförderung und Berufsanerkennung zu überwinden. Gleichzeitig ist eine grundlegende Wende in der Arbeitsmarktpolitik überfällig und liegt im Interesse aller Erwerblosen und Beschäftigten. Die Ausbildungs- und Arbeitsförderung braucht mehr und gut geschultes Personal, damit individuell unterstützt und vermittelt werden kann. Für Qualifizierungs- und Unterstützungsmaßnahmen muss ausreichend Geld zur Verfügung gestellt. Der arbeitsmarktpolitische Kahlschlag der letzten Bundesregierungen muss beendet werden. Neue Mittel für die Arbeitsförderung dürfen nicht durch Kürzungen bei Sozialleistungen oder Zukunftsinvestitionen an anderer Stelle aufgebracht werden. Nötig ist ein sofortiges Bundesinvestitionsprogramm in Höhe von 25 Milliarden Euro, mit dem soziale Dienstleistungen und öffentliche Infrastruktur für alle ausgebaut werden. Neben arbeitsmarktpolitischen Qualifizierungs- und Integrationsprogrammen beinhaltet dieses eine Soforthilfe an die Kommunen/Länder zur Erstversorgung der Flüchtlinge, die Schaffung von 200.000 neuen Sozialwohnungen jährlich, mehr Geld für Schulen und Kitas und den Ausbau sozialer Beratungsstellen. Davon profitieren auch die Familienzentren. Zugleich ist es dringlicher denn je, den Niedriglohnsektor und prekäre Beschäftigungsverhältnisse zurückzudrängen. Flüchtlinge dürfen nicht als billige Arbeitskräfte und Lohndrücker missbraucht werden. Es muss verhindert werden, dass im Interesse von Arbeitgebern und neoliberaler Politik Löhne und arbeitsrechtliche Standards weiter abgesenkt werden.

V Zuständigkeitsübergreifende Kooperationen

Kinder- und Familienzentren befinden sich an der Schnittstelle von Gesundheits-, Jugend- und Sozialamtszuständigkeit. Ein Charakteristikum für pädagogische und soziale Dienstleistungen in Deutschland sind Vielfalt und Nebeneinander unterschiedlicher Angebotsformen und Träger von Angeboten. Für einzelne Familien und Kinder sind alle Ämter zuständig. Die Träger- und Angebotsvielfalt trägt dann, wenn regelmäßig Abstimmungen zwischen ihnen stattfinden. Bislang findet eine familienbezogene Koordination der Zuständigkeiten und Angebote kaum statt.

- 1) Welche Maßnahmen plant DIE LINKE (auf Bundes- und Landesebene) zur Entsülung der Zuständigkeiten für eine verbesserte Abstimmung der Angebote von Dienstleistern wie Jugendhilfe, Sozialhilfe und dem Gesundheitswesen?

DIE LINKE fordert seit Jahren eine „Inklusive Lösung“. Kinder sind in erster Linie Kinder und dürfen nicht nach ihrer Beeinträchtigung unterschieden werden. Wir wollen dass alle Kinder und Jugendlichen Leistungen nach dem SGB VIII erhalten, auch Kinder mit geistigen und körperlichen Behinderungen. Die Praxis der „Verschiebebahnhöfe“, die oft mit jahrelangen Rechtsstreits verbunden ist, muss endlich ein Ende haben. Wir wollen Leistungen aus einer Hand! Damit dies gelingen kann, brauchen wir vor allem eine gute strukturelle, finanzielle als auch personelle Ausstattung!